

Stand: 09.02.2026 19:42:25

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/9401

"PI Selb: Sicherheit vor Ort gewährleisten - dauerhafte Polizeipräsenz aufrechterhalten"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/9401 vom 09.12.2015
2. Plenarprotokoll Nr. 62 vom 10.12.2015
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/12054 des KI vom 15.06.2016
4. Beschluss des Plenums 17/12232 vom 29.06.2016
5. Plenarprotokoll Nr. 77 vom 29.06.2016



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

PI Selb: Sicherheit vor Ort gewährleisten – dauerhafte Polizeipräsenz aufrechterhalten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass die durch die Polizeiinspektion Selb gewährleistete dauerhafte uniformierte Polizeipräsenz nicht auf Kosten der geplanten Polizeiinspektion Fahndung minimiert wird und die Polizei vor Ort bleibt.

Begründung:

Die Entscheidung, die geplante Polizeiinspektion Fahndung (PIF), mit den Schwerpunkten Einbruchs-, Rotlicht- und Drogenkriminalität in Selb anzusiedeln, ist angesichts der Crystal-Meth Problematik im deutsch-tschechischen Grenzraum aus sicherheitspolitischen und strukturpolitischen Gründen ausnahmslos zu begrüßen. Aufgaben der PIF werden primär die Eindämmung des grenzüberschreitenden Drogenschmuggels- und Handels und die entsprechende Koordination der Schleierfahndung sein. Das klassische Aufgabenportfolio einer PI, wie beispielsweise der Wach- und Streifendienst, Ermittlungs- und Erhebungsgruppe nach Sachbereichen gegliedert, werden von ihr hingegen nicht abgedeckt. Die Überlegungen, die Polizeiinspektion Fahndung am Standort der Polizeiinspektion Selb unterzubringen, welche infolgedessen aufgelöst und in die Polizeiinspektion Marktredwitz integriert werden soll, tragen daher nicht zur Verbesserung der Sicherheitslage und der Erhöhung des Sicherheitsgefühls der Bürgerinnen und Bürger bei.

Die Pläne, künftig zwei Streifenwagen in einem Landkreis mit 72.000 Einwohner permanent im Einsatz zu halten, reichen bei weitem nicht aus, den Verlust der PI Selb zu kompensieren. Die dauerhafte und flächendeckende Präsenz von uniformierten Polizeibeamten ist unablässig und muss daher im gleichen Maßstab beibehalten werden. Aufgrund der Stellenmehrung durch den Nachtragshaushalt ist dies möglich und dringend geboten, denn das Sicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger muss ernst genommen werden.

Das ist der Ton des Landkreistages. Ich habe dessen Resolution sogar hier.

Präsidentin Barbara Stamm: Nach der Geschäftsordnung ist das, was Sie jetzt machen, eigentlich gar nicht erlaubt.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): – Gut. – Das ist der Ton des Bayerischen Landkreistages. Dies ist ganz wichtig. Es handelt sich zwar um einen Entwurf; dieser wird aber schon intensiv in den Gremien diskutiert. Wir müssen rechtzeitig dagegen vorgehen. Uns ist es zu wenig, dass Sie sagen, der Entwurf sei spannend und werde von Ihnen mitgetragen, wir würden unnötig Ängste schüren. Ich muss darüber lachen. Der Städtetag, der Landkreistag und kommunale Abfallbetriebe sagen und kritisieren genau dies. Schüren sie also auch Ängste? Schüren die Kommunen auch Ängste? Das kann ich nicht begreifen, Herr Hünnerkopf. Was Sie hier sagen, ist auch sachlich falsch. Es besteht, wie gesagt, die Gefahr, dass die Kommunen ihre Einflussmöglichkeit verlieren.

Ich bin seit 25 Jahren im Umweltausschuss des Kreistages Miltenberg. In der nächsten Kreistagssitzung am 17. Dezember steht dieses Thema auf der Tagesordnung. Am Schluss der Einladung steht: Wir bitten Sie, die vom Bayerischen Landkreistag ausgearbeitete Resolution dem Kreistag vorzulegen und zuzustimmen. Mit dieser Resolution sollen wir uns an unsere Bundes- und Landtagsabgeordneten wenden. Das werden wir im Landkreis Miltenberg am 17. Dezember beschließen. Ich habe die Anregung schon aufgenommen. Deshalb haben wir heute diesen Antrag eingebracht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: War das jetzt ein Antrag, oder was war das? Soll namentlich abgestimmt werden, nachdem von der Bedeutung dieser Anträge gesprochen wurde?

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Über unseren ja!)

– Namentliche Abstimmung zu einem bedeutenden Thema. Kolleginnen und Kollegen, da machen die Schlussworte heute große Freude, kann ich nur sagen.

Jetzt habe ich keine Wortmeldungen mehr. Dann unterbreche ich die Sitzung für 15 Minuten, weil ich keine Freude habe, jetzt die Schlussworte zu sprechen. Ich unterbreche also für 15 Minuten und rufe dann zur namentlichen Abstimmung auf.

(Unterbrechung von 13.31 bis 13.46 Uhr)

Ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit ich in der Sitzung fortfahren kann. – Ich kann nur abstimmen lassen, wenn Sie alle Ihre Plätze wieder eingenommen haben.

Da wir die Anträge in der Abstimmung wieder trennen, lasse ich zunächst über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/9375 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/9398 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – CSU-Fraktion und FREIE WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur namentlichen Abstimmung zum Antrag der CSU auf Drucksache 17/9397. Die Urnen stehen bereit. Ist das Hohe Haus mit einer Verkürzung der Zeit auf drei Minuten einverstanden?

(Zurufe: Ja!)

Ich höre keinen Widerspruch. Ich bitte, nun die Stimmkarten abzugeben.

(Namentliche Abstimmung von 13.47 bis 13.50 Uhr)

Die Zeit ist um. Ich beende die Abstimmung und bitte darum, die Stimmkarten draußen auszuzählen. Das Ergebnis geben wir noch bekannt.

Jetzt möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD betreffend "Salmonellen-Skandal: Rückhaltlose Aufklärung und Durchsetzung des Verbraucherschutzes auch in Bayern!", Drucksache 17/9374, bekannt geben. Mit Ja haben 62 gestimmt. Mit Nein haben 88 gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Kolleginnen und Kollegen, die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/9376 bis 17/9380 und 17/9399 bis 17/9401 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit hat das auch seine Richtigkeit.



Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere
Sicherheit und Sport**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Rinderspacher, Klaus Adelt,
Dr. Paul Wengert u.a. und Fraktion (SPD)**
Drs. 17/9401

**PI Selb: Sicherheit vor Ort gewährleisten - dauer-
hafte Polizeipräsenz aufrechterhalten**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Klaus Adelt**
Mitberichterstatter: **Ludwig Freiherr von
Lerchenfeld**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 53. Sitzung am 11. Mai 2016 beraten und mit folgendem Stimm-
ergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 41. Sitzung am 7. Juni 2016 mitberaten und mit folgendem Stimm-
ergebnis:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanz-
fragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner
116. Sitzung am 15. Juni 2016 mitberaten und
mit folgendem Stimm-
ergebnis:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Dr. Florian Herrmann
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert, Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Harry Scheuenstuhl, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayr und Fraktion (SPD)**

Drs. 17/9401, 17/12054

PI Selb: Sicherheit vor Ort gewährleisten – dauerhafte Polizeipräsenz aufrechterhalten

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Klaus Adelt

Abg. Joachim Hanisch

Abg. Ludwig Freiherr von Lerchenfeld

Abg. Annette Karl

Abg. Katharina Schulze

Staatssekretär Gerhard Eck

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nun rufe ich auf die beiden **Tagesordnungspunkte 13 und 14:**

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert u. a. und Fraktion (SPD)

PI Selb: Sicherheit vor Ort gewährleisten - dauerhafte Polizeipräsenz aufrechterhalten (Drs. 17/9401)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Bürgerwunsch ernst nehmen - Polizeiinspektion Selb erhalten (Drs. 17/9380)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass wir 24 Minuten Redezeit vereinbart haben. – Erster Redner ist der Kollege Adelt.

Klaus Adelt (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte nicht sehr zahlreiche Damen und Herren auf den Zuschauerrängen! Sie werden heute Zeugen davon, welche Bedeutung die CSU ihrem Slogan "Näher am Menschen" auf dem Gebiet ihrer angeblichen politischen Kernkompetenz "Innere Sicherheit" beimisst. Meine Damen und Herren, Sie werden staunen.

Zunächst komme ich zur PI Fahndung in Selb. Um es vorwegzunehmen: Die Ansiedlung der geplanten Polizeiinspektion Fahndung mit den Schwerpunkten auf Einbruchs-, Rotlicht- und Drogenkriminalität in Selb war angesichts der Crystal-Meth-Problematik zweifellos richtig. Das war eine gute Entscheidung, über die sich die Menschen in unserer Region gefreut haben. Wir halten es aber, gelinde gesagt, für wenig zielführend, dass dies zulasten der Polizeiinspektion Selb geschehen soll, die zu einer einfachen Polizeiwache umgewandelt werden wird.

(Beifall bei der SPD)

In den Worten des Ministeriums, allen voran von Staatssekretär Eck, klingt das folgendermaßen:

Die polizeilichen Zuständigkeiten im Landkreis Wunsiedel für Selb und Marktredwitz werden auf Vorschlag des Polizeipräsidiums Oberfranken ab Herbst 2016 optimiert und nach einem Jahr sorgfältig geprüft.

Damit bekommt das Wort Euphemismus wohl eine neue Qualität.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Genau!)

Die PI Fahndung – ich möchte es wiederholen – ist ein Gewinn für die Region. Aber sie wird kein Ersatz für die aufzulösende PI Selb sein, auch wenn die CSU dies beteuert; denn die Aufgaben der PI Selb sind die Eingrenzung des grenzüberschreitenden Drogenschmuggels und -handels und die Koordination der Schleierfahndung. Das klassische Aufgabenportfolio der Polizeiinspektion, beispielsweise der Wachstreifendienst oder der Ermittlungs- und Erhebungsdienst nach Sachbereichen, werden von dieser PI nicht abgedeckt. So fiel in der Tat ein großer Teil der 1.572 begangenen Straftaten in den Bereich der Rauschgiftkriminalität, was in Zukunft von der PIF abgedeckt würde. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Beschaffungskriminalität eine erhebliche Rolle spielen wird. Diese wird von der PI Fahndung gerade nicht abgedeckt.

Ich komme zur Sollstärke. Die Sollstärke der Polizei im Landkreis Wunsiedel beträgt 138 Stellen, während die Iststärke, also das verfügbare Personal, mit 110 Stellen beziffert wird. Das ist ein Minus von 28 Stellen. In Selb reden wir von einer Sollstärke von 40 Bediensteten. Die tatsächlich verfügbare Personalstärke beträgt aber 31 Bedienstete. Diese Zahl beinhaltet bereits die kürzlich geschaffenen neuen drei Stellen. Nachdem aber im Herbst dieses Jahres drei Beamte in den Ruhestand wechseln werden, ergibt dies eine Pseudoverbesserung, wie wir sie bestens kennen. Die tatsächliche Personalstärke beträgt demnach 28 Stellen. Also werden 12 Polizisten fehlen. Wer jetzt verkündet, dass zusätzliche Planstellen kommen werden, ist wenig glaubwürdig.

(Beifall bei der SPD)

Aber das sind wir ja gewöhnt; denn zwischen der Schaffung und der Besetzung von Stellen besteht ein erheblicher Unterschied. Schon jetzt müssen die Münchberger und die Kollegen aus dem Landkreis Hof aushelfen, wenn es im Landkreis Wunsiedel eng wird. Das wird mit der Schließung der PI Selb nicht besser.

Die Selber Polizeiinspektion weist mit 72 % eine hervorragende Aufklärungsquote auf. Damit liegt sie deutlich über dem bayerischen Durchschnitt von 64 %. Jetzt die Polizeiinspektion dichtzumachen, zeugt von einer sehr eigentümlichen Art, gute Arbeit wertzuschätzen. Einwandfrei!!

(Beifall bei der SPD)

Die neue Wache mit 12 Beamten soll werktags von 6.00 bis 22.00 Uhr und an Feiertagen von 8.00 bis 18.00 Uhr geöffnet sein. Dies kompensiert das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung mit Sicherheit nicht. Wie sieht der Protest der Selber Bevölkerung aus? – 5.000 Bürgerinnen und Bürger haben eine Petition unterzeichnet, 1.000 Personen haben gegen die Entscheidung protestiert. Das war ein deutliches Signal, was die Menschen von den Plänen zur Schließung der PI Selb halten, nämlich gar nichts. Der SPD-Antrag sieht das genauso, ebenso der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wir haben den Antrag heute erneut hochgezogen.

Doch was macht die CSU? – Sie merkt natürlich, dass es Protest gibt, und macht dann eines: Wenn einer nicht mehr weiter weiß, gründet er einen Arbeitskreis. Dieser Arbeitskreis sollte zunächst in Selb stattfinden, hat dann aber in München stattgefunden. Jeder kann sich dabei denken, was er will. Am Runden Tisch wurde sehr heftig diskutiert. Man ist ohne Ergebnis auseinandergegangen. Doch als die Selber zu Hause waren, erfuhren sie die vorweggenommene Entscheidung des Staatssekretärs Eck, der beschlossen hat: Die PI Selb wird geschlossen und zur Wache degradiert.

(Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Abenteuerlich!)

Wenn es aber darum geht, die Sicherheitspolitik bei der Flüchtlingsfrage nach vorne zu bringen, dann bleibt man dahinter. Wenn die Selber Bevölkerung auf die Straße geht, um für das Bedürfnis nach Sicherheit und für den Erhalt ihrer PI zu kämpfen, wird sie abqualifiziert. Das geschieht gerade jetzt, wo die PI zum Oberzentrum hochgestuft werden soll. Vielleicht helfen dann tschechische Polizisten aus? – Man weiß es ja nicht.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Kollege, beachten Sie bitte die Uhr?

Klaus Adelt (SPD): Ich komme jetzt zum Schluss, aber das dauert noch ein wenig.

(Allgemeine Heiterkeit)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Nein, nein, das geht nicht!

Klaus Adelt (SPD): Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie wirklich näher am Menschen sein wollen, dann müssen Sie diesen Wunsch ernst nehmen. Ich darf den Kollegen Holetschek zitieren, der sagt: Die CSU nimmt die Anliegen der Bürger ernst.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte schön.

Klaus Adelt (SPD): Ich darf alles nochmal wiederholen.

(Thomas Kreuzer (CSU): Nein, nein!)

– Nein, nicht das vom Kollegen Holetschek. – Das dürfte doch alles sagen. Stimmen Sie deshalb unserem Antrag zu und erhalten Sie die PI Selb.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Hanisch.

Joachim Hanisch (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die FREIEN WÄHLER haben sich ganz klar für den Erhalt der Polizeiin-

spektion in Selb ausgesprochen. Ich glaube, es geht heute nicht nur um den Erhalt der Polizeiinspektion in Selb. Es geht um die Ängste der Bürger, um die Ängste der Bevölkerung im ländlichen Raum im östlichen Bayern. Meine Damen und Herren, es geht um die steigende Anzahl der Einbruchsdelikte. Wir hatten das vor einigen Wochen im Ausschuss und auch hier im Plenum. Wir konnten feststellen, dass hier gravierende Probleme bestehen und die Bevölkerung Angst hat. Es geht um die Drogenproblematik in diesem Raum, um die Drogenproblematik in den Regierungsbezirken Oberpfalz, Niederbayern und Oberfranken. Sie kennen die Problematik mit Crystal Speed. Auch darüber haben wir hier bereits des Öfteren gesprochen. Dagegen brauchen wir Polizei vor Ort. Dort nutzt uns eine PI Fahndung relativ wenig. Dort werden teilweise Polizisten von den Inspektionen zur Schleierfahndung abgezogen. Natürlich ist die Schleierfahndung unwahrscheinlich wichtig; aber sie muss mit anderem Personal besetzt werden als dem Personal der Inspektionen.

Meine Damen und Herren, es geht bei der Frage nach der Polizeiinspektion Selb ganz global um gleichwertige Lebensverhältnisse in Bayern. Das haben wir in unsere Verfassung hineingeschrieben. Immer, wenn es im Detail darum geht, etwas dafür zu tun, dass gleichwertige Lebensverhältnisse, auch die Sicherheit im grenznahen Bereich gewährleistet werden, haben wir Probleme und es gibt Schwierigkeiten. Wir brauchen mehr Polizei; das ist schon x-mal erwähnt worden. Hätte man sich dieser Herausforderung schon vor Jahren gestellt, müssten wir über Themen wie die Schließung der Polizeiinspektion Selb oder anderer Polizeiinspektionen in Bayern heute nicht reden.

Meine Damen und Herren, in Selb soll es eine Polizeiinspektion Fahndung geben. Ein Schwerpunkt wird die Schleierfahndung sein. Die neue Polizeiinspektion wird relativ gut ausgestattet sein. Deren Einrichtung war längst notwendig; darüber brauchen wir nicht zu diskutieren. Das ist also kein Entgegenkommen für die dortige Region.

Die Staatsregierung erweckt den Eindruck, die Polizeiinspektion Selb könne geschlossen oder zumindest personell reduziert werden. Als Argument wird genannt, Polizeipräsenz werde nach wie vor gegeben sein. Dort geht es aber nicht um die Wahrung

der Optik, sondern darum, dass vor Ort ausreichend Polizisten sind, die die notwendige Arbeit machen. In dieser Region mangelt es an Polizisten. Daher ist die Schließung der Polizeiinspektion Selb, die wie ein Damoklesschwert über uns schwebt, nicht hinnehmbar. Selb wäre übrigens die erste Große Kreisstadt Bayerns ohne Polizeiinspektion. Auch das ist ein Punkt, über den nachgedacht werden sollte.

Ich fasse zusammen: Wir sind für den Antrag der SPD. Wir sind für unseren eigenen Antrag. Wir sind gegen die Schließung der Polizeiinspektion Selb. – Vielen Dank.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Freiherr von Lerchenfeld.

Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Das, was von meinen Vorrednern zu dem Thema Polizeiinspektion Selb verkündet wurde – von der Opposition war in den vergangenen Wochen nichts anderes zu hören –, war nichts anderes als eine plumpe Verdrehung der Tatsachen. Ihr Verhalten trägt zu einer massiven Verunsicherung der Bevölkerung in Selb und Umgebung bei.

(Beifall bei der CSU)

Es ist deshalb eine Verdrehung der Tatsachen – bitte hören Sie mir an dieser Stelle genau zu; ich will es Ihnen gern erklären –, weil Ihre Vorwürfe nach objektiver Prüfung sehr einfach zu widerlegen sind.

Wer sich einmal nüchtern und sachlich die Faktenlage zu dem Fall der Polizeiinspektion Selb anschaut, der kann nur zu dem Ergebnis kommen, dass die Sicherheitslage im Raum Selb durch die angedachte Strukturreform massiv verbessert wird. Dies wird schon nach einer Betrachtung der Zahl unserer Polizeibeamten deutlich. Zurzeit verrichten 40 Polizisten ihren Dienst in der PI Selb. Nach Durchführung der Strukturreform wird es in Selb eine Polizeiwache mit 12 Einsatzkräften geben – zusätzlich aber die neu zu schaffende PI Fahndung mit 35 Beamten. Deren Zahl wird übrigens bis zum Jahr 2018 um weitere 10 erhöht – ich habe mich persönlich dafür eingesetzt –,

sodass schließlich 45 Beamte in der PI Fahndung tätig sein werden. Daraus folgt, dass tagsüber 17 zusätzliche Einsatzkräfte im Raum Selb vorhanden sein werden. Ich wiederhole: Allein durch Analyse der Zahlen lässt sich feststellen, dass im Raum Selb deutlich mehr Polizisten zur Verfügung stehen werden als bisher. Dies wird zu einer Verbesserung der Sicherheitslage führen.

Hinzu kommt eine enorme Verbesserung der strukturellen Abläufe der polizeilichen Arbeit. Darauf kommt es doch letzten Endes an.

(Beifall bei der CSU)

Die neuen Kräfte der neuen Polizeiinspektion Fahndung können sowohl uniformiert als auch in Zivil neben ihrem Kerngebiet – Fahndung – jederzeit zur Unterstützung der Polizeiwache Selb hinzugerufen werden. Unsere Beamten werden also keine Däumchen drehen, nur weil eine spezielle Gefahrenlage nicht mit ihrem Aufgabenkerngebiet übereinstimmt. Sie werden ihre Kollegen jederzeit unterstützen und auch von allein eingreifen, wenn unsere Bürger polizeiliche Hilfe benötigen. Zudem bin ich mir sicher, dass sich durch die zivilen Einsatzkräfte so mancher Straftäter aufgreifen lässt, der sich von uniformierten Kräften aufgrund ihrer klaren Kennzeichnung als Polizisten nicht so leicht hätte festsetzen lassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines will ich an dieser Stelle klarstellen: Als Mitglieder des Bayerischen Landtags sind wir verpflichtet, uns von den unterschiedlichsten Themen ein Bild zu machen und unsere Erfahrungen in die Debatte einzubringen. Dies gilt auch im Fall der PI Selb. Wir sollten uns jedoch nicht anmaßen, die über Monate und sogar Jahre hinweg penibel erarbeiteten Vorschläge von polizeilichen Führungskräften und Spitzenbeamten des Innenministeriums vollkommen infrage zu stellen. Selbstverständlich werden wir neue Polizeistrukturen nach einem Jahr auf den Prüfstand stellen und, wenn nötig, nachjustieren. Das sind wir der Bevölkerung gerade im Raum Selb schuldig. Aber wir sollten, wie gesagt, durchaus Vertrauen in die Vorarbeit der zuständigen Experten haben.

(Beifall bei der CSU)

Das entbindet uns natürlich nicht von der Abwägung der vorgebrachten Argumente für die Reform. Meine Damen und Herren der Opposition, es mag ja Ihre Auffassung von Oppositionsarbeit sein, jedwede Entscheidung der Staatsregierung unabhängig von ihrem Inhalt zu konterkarieren. Gerade von Ihrer Seite geschieht dies oft.

(Beifall bei der CSU)

Das Problem im vorliegenden Fall ist jedoch, dass Sie explizit mit den Ängsten der Bevölkerung spielen und diese durch Ihre Äußerungen unnötig verstärken.

(Zuruf von der SPD: Sie ignorieren die Ängste!)

Wir von der CSU tragen hingegen schon immer dafür Sorge, dass die Sicherheit unserer bayerischen Bevölkerung durch sachlich und fachlich fundierte Politik gewährleistet wird. Dies wird uns auch mit der im Raum Selb angedachten Strukturreform gelingen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, die Faktenlage lässt nur eine Einschätzung zu: Die Sicherheit in der Region Selb wird sich nicht, wie von Ihnen immer wieder fälschlich behauptet, verringern. Im Gegenteil, sie wird sich nachhaltig erhöhen! Daher werden die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER von uns abgelehnt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie am Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung der Kollegin Karl.

Annette Karl (SPD): Herr Kollege von Lerchenfeld, Sie müssen sich schon einmal mit sich selbst einigen, was Sie als Politiker eigentlich wollen. Sie fordern auf der einen Seite dazu auf, das zu akzeptieren, was im Innenministerium nach langer Vorbereitungsphase als Konzept für die Region entwickelt worden ist. Dann müssen Sie aber

konsequent sein; denn das Innenministerium hat festgestellt, dass in der Region die Schleierfahndung im definierten Umfang notwendig ist; die Aufgaben, zum Beispiel der Kampf gegen Crystal Meth, sind schon genannt worden. Wenn dem so ist, können Sie nicht drei Sätze vorher sagen, diese Beamten seien im Prinzip chronisch unterbeschäftigt, weshalb sie jederzeit die – dann abgespeckte – Wache unterstützen könnten. So geht es nicht!

(Beifall bei der SPD)

Damit widersprechen Sie doch dem Innenministerium. Sie können nicht Beamte für zwei Aufgaben gleichzeitig einteilen, zum einen als Ersatz für die dann nicht mehr existierende Polizeiinspektion Selb, zum anderen für die Wahrnehmung ihrer ureigensten Aufgabe, nämlich der Schleierfahndung. Ich weiß, dass die Beamten bei mir in Waidhaus gut beschäftigt sind. Es ist gut, dass wir die Schleierfahndung dort haben. Diese Beamten taugen nicht zum Ersatz der von der PI Selb abgezogenen Kräfte.

Seien Sie also ehrlich und geben Sie zu, dass Sie die Polizei und damit das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger in dieser Region im Norden Bayerns massiv reduzieren wollen.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ludwig Freiherr von Lerchenfeld (CSU): Vielen Dank für die Frage. Aber es war eigentlich keine Frage, sondern eine Feststellung.

(Annette Karl (SPD): Eine Zwischenbemerkung!)

Darauf darf ich wie folgt reagieren: Polizei ist nicht nur Polizei in Uniform, sondern auch Polizei in Zivil. Die Fahndungserfolge – in Selb liegt die Aufklärungsquote bei 72 % – der zivilen polizeilichen Einsatzkräfte zeigen, dass wir verstärkt auf diese Fahndungsgruppe achten sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Schulze.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben dieses Thema schon mehrfach im Innenausschuss beraten. Dazu gab es auch einen Runden Tisch, an dem für unsere Fraktion unsere Vizepräsidentin, Frau Gote, teilgenommen hat. Als wir bei der letzten Innenausschuss-Sitzung über dieses Thema geredet haben, haben wir moniert, dass dieser Runde Tisch leider Gottes nicht ergebnisoffen diskutiert hat, was wir sehr schade fanden. Ich möchte einmal kurz die Position der GRÜNEN skizzieren und Herrn von Lerchenfeld als innenpolitische Sprecherin erklären, wie das mit der Polizei insgesamt funktioniert.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir GRÜNEN stellen uns natürlich den aktuellen Anforderungen und wollen, dass diesen Anforderungen durch die Polizeiarbeit Rechnung getragen wird. Wenn in Selbst eine Polizeiinspektion Fahndung angesiedelt werden muss, weil dies nötig ist, dann kann man das gerne machen.

Wir haben aber folgendes Problem: Wir finden es nicht richtig, wenn es dann am Ende weniger Polizistinnen und Polizisten als Ansprechpersonen für die Bürgerinnen und Bürger in der Fläche gibt, weil die Aufgaben schließlich nicht weniger werden. Herr von Lerchenfeld, Kollegin Karl hat es gerade bei ihrer Zwischenbemerkung noch einmal gesagt: Sie können doch nicht einerseits sagen, dass wir eine PI Fahndung brauchen, und andererseits behaupten, dass diese Polizistinnen und Polizisten auch andere Aufgaben übernehmen könnten, wenn vor Ort etwas passiert, und Sie wollen die PI auf eine Wache reduzieren.

Ich finde das nicht ehrlich. Sie vermitteln den Bürgerinnen und Bürgern mit Zahlen, von denen sie nicht wissen, was sich dahinter verbirgt, den Eindruck: He, es bleibt alles, wie es ist. Es sind sogar noch mehr Polizisten oder Polizistinnen da. Diese Poli-

zistinnen und Polizisten haben aber unterschiedliche Aufgaben. Das sollten Sie der Ehrlichkeit halber auch so sagen. Wir GRÜNE sehen das als Problem.

Das Thema der Ist- und der Soll-Stellen wurde schon mehrfach angesprochen. Das Problem, dass die Zahlen der Ist- und der Soll-Stellen bei der Polizei nicht 1 : 1 übereinstimmen, besteht nicht nur in Selb, sondern in ganz Bayern. Deshalb werden die GRÜNEN diesen beiden Dringlichkeitsanträgen zustimmen, wie wir das bereits im Innenausschuss getan haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Staatssekretär Eck.

Staatssekretär Gerhard Eck (Innenministerium): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte eigentlich nicht mehr sprechen. Nachdem hier jedoch immer wieder Zahlen verdreht werden – ich weiß nicht, ob dies bewusst oder unbewusst geschehen ist –, muss ich an dieser Stelle auf einige Punkte eingehen. Die Behauptung, dass künftig weniger Polizistinnen und Polizisten in Selb sein werden, ist definitiv falsch. Liebe Freunde, in Selb sind künftig mehr Polizisten als vorher!

(Beifall bei der CSU)

Lieber Herr Kollege Adelt, die Behauptung, dass dieser Arbeitskreis nicht ergebnisoffen diskutiert habe, ist falsch. Ich weiß nicht, wer das außer Ihnen noch behauptet hat. Genau das Gegenteil ist der Fall: Wir haben uns die Sorgen und Nöte der Kommunalpolitiker und überhaupt der Politiker auf allen Ebenen angehört. Wir haben uns sofort nach diesem Termin zusammengesetzt, um eine schnelle Entscheidung herbeizuführen. Der Minister hat zusammen mit den Fachleuten im Haus entschieden, dass die Polizeistärke in Selb erhöht wird. Sie verkünden hier, dass es künftig weniger Beamte wären. Das ist einfach nur falsch! Sie belügen die Menschen vor Ort! So können wir das nicht stehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wenn Sie über dieses Thema diskutieren, müssen Sie auch die aktuelle Situation und die Veränderungen in der Gesellschaft akzeptieren. Wir reden über Polizeiinspektionen und über Polizeiwachen. Sie müssen deshalb auch die Größe haben, zu fragen, wie viele Bürgerinnen und Bürger durchschnittlich am Tag, in den frühen Abendstunden und in den Nachtstunden zur Wache kommen. Wenn am Tag im Durchschnitt vielleicht eine oder zwei Personen und in den Nachtstunden keine Person in diese Wache kommen, ist es nur recht und billig, dass wir eine Umorganisation vornehmen. Ein Beamter, der in einer solchen Wache sitzt, sollte besser zum Schutz der Bevölkerung vor Ort in einem Streifenwagen fahren. Wir haben deshalb gesagt: Wir müssen eine Neuorganisation vornehmen, um den Schutz der Bevölkerung zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Nach dieser Umorganisation werden wir mehr Polizisten vor Ort als vorher haben. Wer das nicht glaubt, dem gebe ich das noch einmal schriftlich. Damit will ich schließen, sonst verwirre ich die Bürgerinnen und Bürger noch mehr.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die beiden Dringlichkeitsanträge wieder getrennt.

Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt beide Dringlichkeitsanträge zur Ablehnung. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/9401, das ist der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, Tagesordnungspunkt 13, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegen-

stimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag unter Tagesordnungspunkt 14, das ist der Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/9380, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Die Tagesordnungspunkte 13 und 14 sind damit erledigt. Die Sitzung ist beendet. Schönen Abend.

(Schluss: 19.46 Uhr)